



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Christian Lindinger, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich, Martina Gießübel, Jenny Schack, Andreas Schalk, Peter Tomaschko CSU

Für eine erneuerte Form der Berichterstattung als Kontrollmechanismus für die Entwicklung von Überstunden im öffentlichen Dienst

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept für eine erneuerte Form der Berichterstattung im Ausschuss über Überstunden im öffentlichen Dienst in Bayern zu entwickeln und dem Landtag vorzulegen.

Dabei soll neben den ausbezahlten Überstunden auch auf alle weiteren Formen des Überstundenabbaus eingegangen werden und ein möglichst geringer Bürokratieaufwand für die Ressorts sichergestellt werden.

Begründung:

Die Staatsregierung stellt jährlich im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes einen Bericht zur Entwicklung der Überstunden im öffentlichen Dienst in Bayern vor. Grundlage des Berichts sind bislang die Entwicklungen der Zahlstunden im Vorjahresvergleich. Ansparstunden werden im Bericht bislang nicht berücksichtigt. Außerdem sorgen Änderungen in der Haushaltssystematik (Titelverdichtungen, Arbeitnehmerbudgets) dafür, dass eine Ablesbarkeit der Zahlstunden aus dem Haushalt in der bisherigen Form nicht mehr möglich ist. In Zukunft soll die Belastungssituation des Personals im öffentlichen Dienst möglichst genau erfasst werden, um politische Schlussfolgerungen ziehen und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Freistaat erhalten zu können. Die Staatsregierung soll deshalb ein Konzept für eine neue Form der Berichterstattung im Ausschuss entwickeln und dem Landtag vorlegen.